

**STADTRAT**Aktenummer
Sitzung vom
Ressort20. November 2014
Bildung, Kultur und
Sport

Protokollauszug

03. Einführung Schulsozialarbeit 2015

Auf das Schuljahr 2015/16 soll an den vier Schulstandorten in Nidau Schulsozialarbeit eingeführt werden. Eine Projektgruppe hat den Bedarf erhoben und darauf basierend ein Detailkonzept ausgearbeitet. Dieses sieht die Schaffung von insgesamt 105 Stellenprozenten vor. Die Stadt Nidau und der Schulverband Nidau tragen das Projekt gemeinsam. Sie regeln die Zusammenarbeit in einem entsprechenden Vertrag. Die Kosten betragen jährlich wiederkehrend für den Betrieb CHF 139'000 und CHF 27'000 einmalig für die nötigen Investitionen. Der Stadtrat von Nidau und die Delegiertenversammlung des Schulverbandes stimmen der Einführung im Rahmen eines dreijährigen Pilotversuchs zu.

Sachlage / Vorgeschichte

Situation im Kanton Bern

Schulsozialarbeit gibt es im Kanton Bern seit 1972 (Stadt Bern). Ende 2006 verfügten zehn Gemeinden über ein explizites Angebot an Schulsozialarbeit. 2012 können die Schulen in 58 Gemeinden die Dienstleistungen der Schulsozialarbeit nutzen. Ausgehend von den grossen Städten (Bern, Biel, Thun, Burgdorf) besteht heute schwergewichtig in den Agglomerationen ein Angebot.

Im Jahr 2012 wurde das Angebot der Schulsozialarbeit im Volksschulgesetz aufgenommen (Art. 20a). Im Antrag des Regierungsrats an den bernischen Grossen Rat stand: „Schulsozialarbeit soll die Schulen von der Bearbeitung komplexer sozialer Probleme und erheblicher erzieherischer Herausforderungen entlasten. Sie ... unterstützt die Lehrpersonen bei der Früherkennung von sozialen Problemen, welche den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen gefährden und den Unterricht belasten.“

Seit dem Schuljahr 2013/14 unterstützt der Kanton die Schulsozialarbeit finanziell mit 10% der Lohnkosten.

Situation Schulen Nidau

Am 26. Juni 2012 wurden der Gemeinderat Nidau, die Sozialkommission und die Verbandschulskommission über Nutzen und Erfolgsfaktoren der Schulsozialarbeit informiert. In der Folge haben der Gemeinderat und der Schulverband Nidau im Dezember 2012 eine Projektgruppe mit der Durchführung einer Bedarfsanalyse zur Schulsozialarbeit und der Ausarbeitung eines Grobkonzepts beauftragt. Im März 2013 wurde bei allen Schulen eine schriftliche Bedarfsbefragung durchgeführt. An einem Workshop mit Vertretungen aus Behörden, Fachstellen, Politik, Elternrat und Schule wurden die ersten Resultate einer kritischen Aussensicht

unterzogen. Die Projektgruppe erarbeitete mit Unterstützung der Berner Fachhochschule anschliessend einen Bericht, in welchem die Ergebnisse und der Bedarf nach Schulsozialarbeit dargestellt wurden.

Schulleitungen und Klassenlehrkräfte meldeten einen Bedarf nach schulsozialarbeiterischer Unterstützung in 152 Einzelfällen, bezogen auf das Schuljahr 2012/13. Dies entspricht einem Anteil von 19.3% aller Schüler/-innen. Dazu kamen weitere 109 Situationen in Klassen oder Gruppen, in denen sich die Lehrpersonen zusätzliche Unterstützung gewünscht hätten. Die Belastung der Primarschulen ist höher als diejenige der Sekundarstufe I. Der Sozialindex der Kantonalen Erziehungsdirektion und weitere Indikatoren weisen auf eine relativ hohe Sozialbelastung der Schulen Nidau hin. Die Vertretungen aus Behörden, Fachstellen, Politik und Elternrat haben am Workshop Ende März 2013 die Bedarfsaussagen der Schulen eindeutig bestätigt. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, dass engagierte Lehrpersonen und Lehrpersonen zur Individuellen Förderung (IF) sowie Schulleitungen heute bereits viel „Schulsozialarbeit“ leisten. Bei einer Einführung von professioneller Schulsozialarbeit würden sie gezielt entlastet und könnten sich wieder vermehrt auf ihren jeweiligen Kernauftrag konzentrieren. Am 4. September 2013 wurden der Gemeinderat Nidau und die Bildungskommission über die Resultate der Bedarfsanalyse informiert. Sie beauftragten in der Folge die Projektgruppe mit der Ausarbeitung eines Detailkonzepts.

Projekt

Die Projektgruppe hat in einem umfassenden Konzept die Grundlagen, Rahmenbedingungen und Aufgaben der Schulsozialarbeit zusammengestellt. Der Gemeinderat und die Bildungskommission haben an ihren Sitzungen vom 21. und 22. Oktober 2014 das Konzept verabschiedet. Es ist die Grundlage für die Ausgestaltung und Einführung der Schulsozialarbeit an den vier Schulstandorten in Nidau (Balainen, Beunden, Bürgerallee, Weidteile) als dreijähriger Pilotversuch. Im Folgenden werden die Inhalte des Konzepts zusammengefasst dargestellt.

Zielsetzung

Die Schulsozialarbeit unterstützt die Kinder und Jugendlichen bei der Bewältigung kritischer Lebenssituationen. Ungünstige sozial bedingte Entwicklungen können frühzeitig erkannt und entsprechende Massnahmen eingeleitet werden. Die Schulsozialarbeit entlastet dadurch die Schulleitungen und Lehrpersonen von der Bearbeitung dieser sozialen Probleme. Diese sollen sich dank dieser Entlastung auf ihre Kernaufgabe (Unterricht und Schulführung) konzentrieren können. Diese stärkere Fokussierung auf den Unterricht steigert die Unterrichtsqualität, wovon alle Schülerinnen und Schüler profitieren.

Leistungskatalog

Die Leistungen der Schulsozialarbeit werden in einem detaillierten Leistungskatalog beschrieben, welcher folgende Leistungsbereiche und Zielgruppen umfasst:

- Beratung und Unterstützung von Schüler und Schülerinnen (Einzelne und Gruppen)
- Beratung und Unterstützung von Lehrpersonen und Schulleitungen
- Beratung von Eltern und Erziehungsberechtigten
- Mitwirkung Früherkennung und Prävention sozialer Probleme
- Informations- und Kooperationsleistungen

Die Schwerpunkte der Arbeit bilden die drei erstgenannten Punkte.

Angebot

Schulsozialarbeit soll an allen vier Schulstandorten der Stadt Nidau (Balainen, Beunden, Bürgerallee, Weidteile) angeboten werden. Während den Schulwochen soll sie an allen Schulen regelmässig zu festen Zeiten präsent sein. Damit wird für alle Zielgruppen ein niederschwelliger Zugang gewährleistet. Die Schulsozialarbeitenden suchen zudem in einem regelmässigen Turnus die Kindergärten auf. In der Bedarfsanalyse wurde der Gesamtbedarf mit 105 Stellenprozenten definiert. Die Aufteilung auf die vier Standorte erfolgt nach Bedarf. Sie wird periodisch überprüft und entsprechend angepasst. Auf Grund der Bedarfserhebung ist für den Beginn folgende Aufteilung vorgesehen.

	total	davon
Vier Schulstandorte		Schulverband
Schule Balainen, Kindergarten Strandweg	30%	15%
Schule Beunden	15%	15%
Schule Bürgerallee, Kindergarten Birkenweg	15%	7.5%
Schule Weidteile, drei Kindergärten Weidteile, Kindergarten Aalmatten	45%	0%
Total	105%	37.5%

Anteile

67.5 Stellenprocente für die Stadt Nidau entsprechen einem Anteil von	64%
37.5 Stellenprocente für den Schulverband entsprechen einem Anteil von	36%
Total	100%

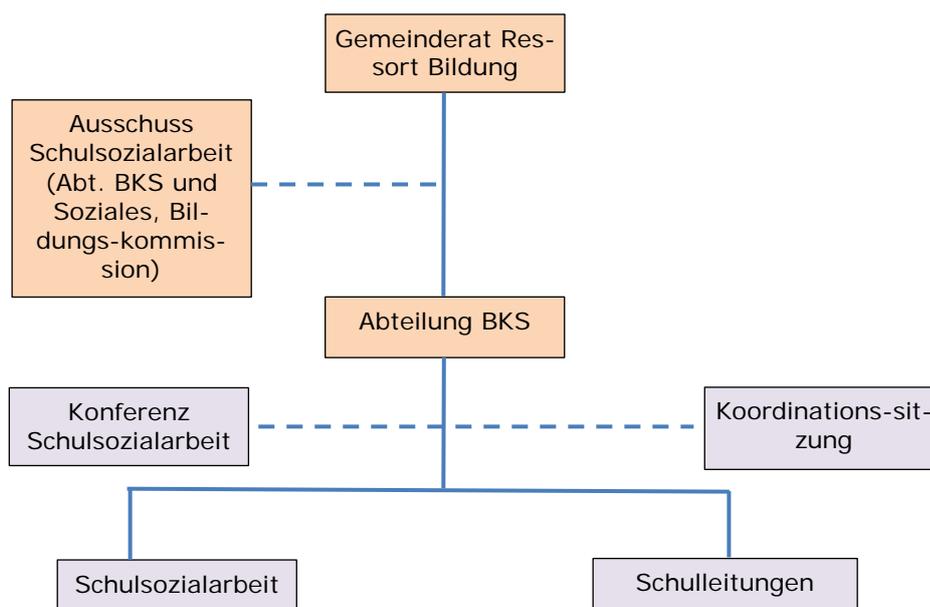
Die Schulsozialarbeitenden leisten während den Schulwochen ein erhöhtes Arbeitspensum mit entsprechender Kompensation in der unterrichtsfreien Zeit (Jahresarbeitszeit). Das ergibt bei einer 50%-igen Anstellung eine wöchentliche Arbeitszeit von 25 Stunden, was effektiv knapp einer 60%-Stelle entspricht.

Das vorgesehene Pensum von 105 Stellenprozenten muss mit zwei Fachpersonen besetzt werden. Dies bietet Vorteile. Es ermöglicht den fachlichen Austausch, Zusammenarbeitsformen, eine geschlechtergerechte Besetzung und die gegenseitige Stellvertretung im Bedarfsfall.

Organisation

Die Führung der vier Schulen in Nidau ist aufgeteilt auf die Stadt Nidau (Kindergarten und Primarstufe) und den Schulverband Nidau (Sekundarstufe I und Klassen zur besonderen Förderung). Dieser Umstand erfordert, dass die beiden Organisationen die Schulsozialarbeit gemeinsam tragen, anbieten und finanzieren. Die Zusammenarbeit wird in einem Leistungsvertrag geregelt. Die Abteilung Bildung, Kultur und Sport (BKS) übernimmt die Gesamtverantwortung für die Führung der Schulsozialarbeit (Konzeptumsetzung, Leitung, Organisation, Administration). Dies ist in der Verordnung über die Verwaltungsorganisation der Stadt Nidau bereits so definiert (Art. 40a). Die Schulsozialarbeitenden werden dem Abteilungsleiter BKS Nidau unterstellt.

Organigramm



Ausschuss Schulsozialarbeit

Er setzt sich zusammen aus dem Gemeinderat Ressort Bildung, aus zwei Vertretungen der Bildungskommission des Schulverbandes Nidau, der Abteilungsleitung BKS sowie der Abteilungsleitung Soziales. Der Ausschuss unterstützt den Ressortvorstehenden BKS bei der Wahrnehmung der strategischen Verantwortung.

Konferenz Schulsozialarbeit

Die Konferenz Schulsozialarbeit setzt sich zusammen aus der Abteilungsleitung BKS, den Schulsozialarbeitenden, einer Vertretung der Schulleitungen, den Fachbereichsleitungen Sozialhilfe und Kinder- und Erwachsenenschutz der Sozialen Dienste Nidau und der Leitung Fachstelle Integration. Die Hauptaufgabe ist die Auswertung und Reflexion der Zusammenarbeit und der Vereinbarungen zwischen Schulsozialarbeit, Schulen, Sozialhilfe und Kindes- und Erwachsenenschutz (KES).

Koordinationssitzung

Unter der Führung der Abteilungsleitung BKS befassen sich die Schulleitungen und die Schulsozialarbeitenden mit der Einführungsplanung der Schulsozialarbeit sowie der Prioritätensetzung und der Koordination der Einsatzplanung der Schulsozialarbeitenden (Präsenzzeiten, Aufteilung zwischen den Schulen).

Dreijähriger Pilotversuch

Immer häufiger wird der Unterricht durch komplexe soziale Probleme von Schülerinnen und Schülern beeinträchtigt, wodurch alle Schülerinnen und Schüler betroffen sind. Obwohl Lehrpersonen nicht über die geeigneten Methoden und Mittel verfügen - die Einflussnahme auf Umstände im Elternhaus ist schwierig - müssen sie in solchen Fällen Zeit und Energie aufwenden. Aktuell hat niemand einen Auftrag oder ein Mandat, um sich solchen Problemen anzunehmen. Die Lehrpersonen für Individuellen Förderung (IF) haben den Auftrag, sich um individuelle Lernschwierigkeiten von Schülerinnen und Schülern zu kümmern, die Jugendarbeit betreut Kinder und Jugendliche ausschliesslich in der Freizeit und die Sozialen Dienste kommen erst zum Einsatz, wenn sie auf Grund einer Gefährdungsmeldung von der Kinder- und

Erwachsenenschutzbehörde (KESB) einen Auftrag erhalten. Es braucht Schulsozialarbeit, damit belastete Unterrichtssituationen entlastet werden können. Dadurch verbessern sich die Rahmenbedingungen für effektives Lernen. Davon profitieren alle Schülerinnen und Schüler. Die Schulsozialarbeit soll in einem dreijährigen Pilotversuch erprobt werden. Eine systematische Evaluation wird nach zwei Betriebsjahren vorgenommen werden, damit Entscheidungsgrundlagen vorliegen im Hinblick auf eine Weiterführung und im Hinblick auf nötige Anpassungen und Entwicklungen.

Kosten

Für den Betrieb der Schulsozialarbeit ergeben sich wiederkehrende Kosten für die Besoldung der Schulsozialarbeitenden sowie für den Betrieb. Der Kanton Bern beteiligt sich (aktuell mit 10%) an den Lohnkosten. Für den Start ergeben sich einmalige Investitionen. Den Schulsozialarbeitenden wird ein Büro zur Verfügung gestellt, welches für die Schülerschaft gut zugänglich ist. Zur Grundausstattung gehören: Büromöbel, Besprechungstisch, Notebook (inkl. spezifische Software und Drucker) sowie (Mobil-) Telefon. Während der Pilotphase ist die räumliche Situation in den Schulen gewährleistet. Nach der Pilotphase wird das Projekt evaluiert und unter anderem in Abhängigkeit von Schülerzahlen und Schulraumsituation neu beurteilt.

Wiederkehrende jährliche Betriebskosten in CHF

105% Schulsozialarbeit brutto (GK 19 inkl. Lohnnebenkosten)	124'000
Kantonsbeitrag 10% der Lohnkosten	- 12'000
Betriebskosten für zwei Arbeitsplätze (Material, Wartungsvertrag Software usw.)	20'000
Projekte/ Anlässe Schulsozialarbeit	3'000
Weiterbildung/ Supervision	3'000
Kommissionen, Arbeitsgruppen	<u>1'000</u>
Total jährliche Betriebskosten	139'000

Einmalige Investitionskosten in CHF

Einrichtung Büros (soweit nicht vorhanden)	14'000
EDV (Hardware, Software, Schulung)	8'000
Begleitung/systematische Auswertung (bei Bedarf)	<u>20'000</u>
Total einmalige Investitionskosten	42'000

Kostenaufteilung

Die Kosten sollen gemäss den Beschäftigungsanteilen auf die Stadt Nidau und den Schulverband aufgeteilt werden.

Nidau (64%):	Betriebskosten 89'000	Investitionskosten 27'000
Schulverband (36%):	Betriebskosten 50'000	Investitionskosten 15'000

Für die Stadt Nidau fallen während den drei Jahren des Pilotversuchs jährlich CHF 89'000 an Betriebskosten an. Im Jahr 2015 kommt der Anteil an einmaligen Investitionskosten für die Einrichtung der Büros und die EDV von rund CHF 14'000 dazu. Für die Fachbegleitung während der Einführung sind CHF 5'000 vorgesehen. Dieser Betrag wird nur im Bedarfsfall gebraucht. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Abteilungsleitung Bildung, Kultur und

Sport zusammen mit den Schulleitungen die Einführung auf das Schuljahr 2015/16 organisieren können. Ob die nach zwei Jahren vorgesehene Evaluation durch externe Stellen erfolgen wird, ist zum heutigen Zeitpunkt noch offen. Vollständigkeitshalber sind die damit verbundenen möglichen Kosten schon aufgeführt.

Personelle Auswirkungen

Im Vertrag zwischen der Stadt Nidau und dem Schulverband ist die Personalsituation geregelt. Die Schulsozialarbeitenden werden nach den personalrechtlichen Vorgaben der Stadt Nidau angestellt. Vorgesehen ist, zwei Schulsozialarbeitende mit zusammen insgesamt 105 Stellenprozenten anzustellen. Der Stellenplan der Stadt Nidau muss um 105 Stellenprozent erhöht werden. Die Stadt Nidau finanziert die Besoldungen der Schulsozialarbeitenden vor und stellt den Anteil gemäss Beschäftigung dem Schulverband in Rechnung.

Finanzielle Auswirkungen

Kredit Bruttokosten

Der Schulverband Nidau beauftragt die Stadt Nidau mit der Führung der gemeinsamen Schulsozialarbeit. Im Vertrag zwischen der Stadt Nidau und dem Schulverband Nidau werden die Einzelheiten geregelt. Der Stadtrat von Nidau beschliesst deshalb einen Bruttokredit über die gesamten Kosten. Der Kredit für wiederkehrende jährliche Betriebskosten beträgt CHF 139'000, beschränkt auf drei Jahre. Da der operative Beginn auf Sommer 2015 geplant ist und drei (Schul-)Jahre dauern wird, werden sich die Aufwendungen über vier Budgetperioden erstrecken. Für einmalige Investitionen kommt ein Kredit von CHF 27'000 während der Startphase hinzu. Für die ev. fachliche Begleitung sind CHF 5'000 vorgesehen.

Einrichtung Büros (soweit nicht vorhanden)	14'000
EDV (Hardware, Software, Schulung)	8'000
Begleitung Einführung (bei Bedarf)	<u>5'000</u>
Total einmalige Investitionskosten	27'000

Beiträge Dritter

Der Schulverband Nidau beteiligt sich an den Gesamtkosten anteilmässig mit 38%.

wiederkehrende Betriebskosten	36% von CHF 139'000	CHF 50'000
einmalige Investitionskosten	36% von CHF 27'000	CHF 10'000
Total		CHF 60'000

Konto und Rechnungsjahr

Die Kosten für die Schulsozialarbeit sind im Budget 2015 eingestellt unter den Konten Kto. 219.318.97 (wiederkehrende Betriebskosten), Kto. 219.318.98 (einmalige Investitionskosten), 219.318.99 (Begleitung Einführung) sowie Kto. 219.452.01 (Beiträge Anteil Schulverband). Die Beträge werden sich reduzieren, weil der operative Start erst im Sommer vorgesehen ist.

Termine

Der operative Start in den Schulen ist für August 2015 auf Beginn des Schuljahres 2015/16 vorgesehen. Die Anstellungen der Schulsozialarbeitenden erfolgt wahrscheinlich etwas früher, damit die Vorbereitungsarbeiten erfolgen können.

Zustimmungen

Parallel zur Stadt Nidau muss der Schulverband Nidau der Einführung der Schulsozialarbeit an den Schulen in Nidau zustimmen. Die Bildungskommission stellte anlässlich ihrer Sitzung vom 22. Oktober 2014 den entsprechenden Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung vom 19. November 2014. Die Schulsozialarbeit kann eingeführt werden, wenn sowohl der Stadtrat von Nidau wie die Delegiertenversammlung des Schulverbandes zustimmen.

Erwägungen

Eintreten wird nicht bestritten.

Marc Eyer: Trotz der Informationsveranstaltung gehe er nachfolgend auf einige wichtige Punkte ein. Die heutigen, gesellschaftlichen Anforderungen an den Schulbetrieb seien sehr hoch. Die Lehrpersonen müssten sich oftmals mit Aufgaben befassen, welche nicht zum Kernauftrag der Bildung gehörten. Sie müssten im Berufsalltag in verschiedene Rollen schlüpfen, so zum Beispiel Erziehungsberatende, Unterhalter, Motivatoren oder eben auch Sozialarbeitende sein. Der eigentliche Auftrag einer Lehrperson sei es jedoch qualitativ hochstehenden Unterricht zu gewährleisten, möglichst individualisiert bei einer Klassengrösse von 20 bis 25 Schülerinnen und Schülern. In einem gesunden Mass sei dies durchaus zumutbar, biete womöglich sogar eine Attraktivierung des Lehrberufs. Wenn aber diese Zusatzarbeiten dazu führen würden, dass die Kernaufgaben nicht mehr einwandfrei ausgeführt werden könnten, würde sich dies auf die Qualität des Unterrichts auswirken und es sei an der Zeit im Interesse der Öffentlichkeit zu handeln. Auf der anderen Seite existierten in den Nidauer Schulen Kinder, welche unhaltbaren sozialen Situationen ausgesetzt seien. Die Lehrerschaft könne sich vor diesen Situationen nicht verschliessen. In Einzelfällen seien die Situationen dramatisch und würden ein sofortiges, professionelles Handeln erfordern. In den meisten übrigen Fällen würden hingegen Situationen auftreten, welche den Unterrichtsalltag beeinträchtigen würden. Der Gemeinderat habe diese Situation vor rund einem Jahr erkannt und gemeinsam mit dem Schulverband eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Konzeptes beauftragt. Das Konzept sehe vor, ein sogenannt teilintegriertes Modell einzuführen. Die Schulsozialarbeitenden seien in den Schulen vor Ort und würden damit ermöglichen, dass betroffene Schülerinnen und Schüler einen niederschweligen Zugang zur Schulsozialarbeit hätten und zudem der Austausch zwischen den Schulsozialarbeitenden und der Lehrerschaft direkt vor Ort stattfinden könne. Die Kindergärten würden bei Bedarf ebenfalls betreut (ambulante Betreuung). Das Konzept sehe zwei Stellen vor, damit alle Schulstandorte bedient werden könnten. Eine Stelle würde sich fix im Schulhaus Weidteile befinden, die zweite würde die Schulstandorte Burgerallee/Beunden/Balainen bedienen. Das Konzept wie angedacht setze gewisse Rahmenbedingungen an eine sinnvolle Stellenausstattung. Im Konzept seien zwei Varianten vorgeschlagen worden. 120 Stellenprozente sei ausgelegt auf eine bedarfsgerechte Aufgabenerfüllung. Die Variante mit 105 Stellenprozenten sei als Minimalvariante zu verstehen. Das vorgeschlagene Konzept sei mit weniger als 105 Stellenprozenten nicht mehr realistisch. Es werde vorgeschlagen, die Schulsozialarbeit für einen Testbetrieb von drei Jahren einzuführen und den nach zwei Jahren eine Evaluation stattfinden zu lassen. Die Resultate der Auswertung würden dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht damit dieser sich zum weiteren Vorgehen äussern könne. Der Gemeinderat schlage dem Stadtrat die Variante mit 105 Stellenprozenten vor. Dieser Vorschlag sei vor dem Hintergrund eines negativen Budgets ange-

bracht. Im Bedarfsfall werde es immer noch möglich sein, nach drei Jahren Betrieb die Stellen aufzustocken. Zum vorliegenden Geschäft müssten vier Gremien Stellung nehmen (Exekutiven und Legislativen der Stadt Nidau und des Schulverbands). Die Bildungskommission des Schulverbands habe der Delegiertenversammlung die Einführung von 120 Stellenprozenten beantragt. Diese habe den Beschluss entsprechend gutgeheissen. Der Gemeinderat beantragt dem Nidauer Stadtrat nun die Variante mit 105 Prozenten. Obsiegen werde diejenige Lösung, welche den kleinsten gemeinsamen Nenner für sich vereinigen könne.

Zu den Kosten: Im Vortrag auf Seite 5 seien - so transparent wie möglich - die Gesamtkosten dargestellt. Unter „Einmalige Investitionskosten in CHF“ seien CHF 20'000.00 sei eine Position für Begleitung/systematische Auswertung bei Bedarf aufgeführt. Dieser Betrag setze sich aus CHF 5'000.00 für die Einführung der Schulsozialarbeitenden und den geschätzten Kosten für die Evaluation zusammen. Auf der folgenden Seite sei unter demselben Begriff nur CHF 5'000.00 für Begleitung/Einführung enthalten. Dies aus dem Grund, weil diese Zahlen nur das Budgetjahr 2015 betreffen würden (exklusive Kosten Evaluation). Er weise auf einen kleinen Fehler auf Seite 6 hin, unter Beiträge Dritter. Der Schulverband beteilige sich mit 36 %, nicht wie aufgeführt mit 38 %. Nicht ersichtlich auf den ersten Blick seien die tatsächlich anfallenden Kosten für Nidau. Diese würden rund 2/3 betragen, der Schulverband müsste für 1/3 der Kosten aufkommen. Da sich die Stadt Nidau aber zu 1/3 ebenfalls an den Kosten des Schulverbands beteilige, würden total rund 7/9 der Kosten zu Lasten der Stadt Nidau gehen (netto CHF 125'200.00). Er mache dem Rat beliebt, dem Antrag zuzustimmen.

GPK (Susanne Schneiter Marti): Die GPK empfehle mehrheitlich, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Es erscheine wichtig, die Schul- und Unterrichtsqualität sicherzustellen. Der Bedarf nach Schulsozialarbeit sei mit der Anzahl Einzelfällen ausgewiesen. Zu den genannten Fällen würden aber keine näheren Angaben gemacht. Die Schulsozialarbeit stehe und falle mit der Qualität der Schulsozialarbeitenden. Leider würden im Konzept die Evaluationskriterien fehlen. Die GPK erwarte, dass das Konzept Schulsozialarbeit nach zwei Jahren mit externer Unterstützung evaluiert werde.

Bürgerliche Fraktion (Ralph Lehmann): Die FDP bekunde mehrheitliche Mühe mit der Vorlage. Der Bericht weise eine negative Entwicklung der heutigen Gesellschaft aus. Beinahe jeder fünfte Schüler würde demnach Probleme verursachen. Diese Schwierigkeiten würden sich häufen und würden immer mehr Ressourcen verlangen in der stattfindenden Sozialindustrie. Diese Probleme sollten sich aber bewältigen lassen. Es stünden genügend Fachstellen zur Verfügung, welche sich den Problemen annehmen könnten: Lehrpersonen, SchulleiterInnen, IF-Lehrer, Integrationsbeauftragte, die Erziehungsdirektion, die Sozialen Dienste Nidau, die KESB. Klar sei, dass der Stadtrat die Ursachen dieser Probleme nicht lösen könne. Diese stellten oftmals schwerwiegende Fälle dar. Die Forderung, wonach sich der Staat um die Erziehung der Kinder kümmern solle und zudem für anfallende Probleme einstehen solle decke sich nicht mit der Haltung von Selbstverantwortung und weniger Staat. Aus diesem Grund werde die Bürgerliche Fraktion das Geschäft mehrheitlich ablehnen.

SP (Ushanthini Muthiah-Nadarasa): Einstimmige Zustimmung. Die Fraktion werde zudem einen entsprechenden Antrag stellen.

SVP (Oliver Grob): Die SVP könne das vorliegende Projekt nicht unterstützen. Die Kosten seien nicht vollständig aufgeführt, womit die Gesamtkosten noch höher ausfallen würden. Die übrigen personellen Aufwendungen seien nicht kalkuliert worden (Bsp. diverse Gremien, Fachstellen). Wenn man diese Personal- und Sitzungskosten auch noch berücksichtige, müsse man von massiv höheren Kosten ausgehen (CHF 6'000 – 10'000). Zudem weise er darauf hin, dass die Schulsozialarbeit in Orpund und Aarberg abgelehnt worden sei. Beanstandet werde ausserdem, dass keine wirkliche Messbarkeit vorhanden sei und dass keine positiven Fazits bzw. Mehrwerte von anderen Gemeinden vorliegen würden. Wirkliche Erfolgsfaktoren hätten nicht genannt werden können.

Grüne (Raphael Möckli): Einstimmige Zustimmung. Die Fraktion setze sich dafür ein, dass die Lehrerschaft sich wiederum ihrem Kernauftrag, der Bildung, widmen könne. Nebenbeschäftigungen wie die erwähnten würden den äusserst wichtigen Bildungsauftrag in Mitleidenschaft ziehen.

Diskussion:

Kurt Schwab (SP): Beim Studium der Akten sei ihm aufgefallen, dass die Anzahl Fälle der Schulanlage Burgerallee im Vergleich mit den anderen Schulstandorten äusserst gering ausgefallen sei. Auf seine entsprechenden Fragen hätte er eher unklare Antworten erhalten. Die gründliche Nachforschung der neuen Schulleiterin habe schliesslich ergeben, dass nicht 8 Fälle verzeichnet worden seien, sondern 20. 20 Fälle, bei welchen Schulsozialarbeit dringend nötig gewesen wäre. Diese Tatsache stelle für ihn einen nicht unwesentlichen Grund für die heutige Abstimmung dar.

Auf die Frage von **Ralph Lehmann (FDP)** ob der Schulverband das Geschäft angenommen habe, bejaht **Marc Eyer**, dass die Delegiertenversammlung des Schulverbands sich mit 21 Ja bei 9 Nein für die Variante 120 Stellenprozente ausgesprochen habe. Die Schlussabstimmung sei einstimmig für die Schulsozialarbeit ausgefallen.

Bernhard Aellig (BDP): Er verfolge die Debatte mit grossem Interesse. Er sehe ein, dass diese Problemfälle bzw. deren Bearbeitung die Lehrerschaft belaste und vom durchaus wichtigen Kernauftrag ablenke. Die Lehrerschaft ernte in der Regel zu wenig Wertschätzung. Jedoch frage er sich, ob die Einführung der Schulsozialarbeit das richtige Mittel zur Problemlösung darstelle, bzw. die Lehrpersonen und die Schulen damit entlastet würden. Die Wurzel des Problems liege ganz wo anders: nämlich bei der mangelnden Erziehungsarbeit der heutigen Eltern. Mit Massnahmen wie der vorgeschlagenen Schulsozialarbeit würde man sie von Ihren Pflichten entbinden. Vielmehr müsste man den Eltern ihre Verantwortung wieder zurückgeben. Mit der Schulsozialarbeit werde ein Angebot kreiert, welches die Nachfrage ansteigen lasse. Für die Eltern stelle diese Fachstelle eine durchaus komfortable Möglichkeit dar, infolge mangelnder Zeit, die Erziehung ihrer Kinder an die Schulen abzutreten. Es sei definitiv nicht Sache des Staates sich in interfamiliäre Angelegenheiten einzumischen. Mit dieser Vorlage werde das Problem der überlasteten Lehrerschaft nicht gelöst, sondern vielmehr ein neues, noch grösseres Problem geschaffen. Er werde diese Vorlage ablehnen.

Jean-Pierre Dutoit (PRR): Dans l'environnement scolaire de nombreuses communes, le nombre de cas de rapports sociaux difficiles est en progression. Cette malheureuse situation

est due à l'évolution de notre société et elle particulièrement remarquable dans les agglomérations. Toutes les couches sociales sont concernées.

Dans les écoles particulièrement, le développement de ce phénomène conduit à des difficultés de gestion par le corps enseignant qui n'est pas formé et peu préparé dans ce domaine. L'investissement consacré au règlement des événements et des conflits qui surgissent se fait souvent au détriment de l'enseignement en général. Si l'on désire que la qualité de l'enseignement et ainsi que les élèves sans problèmes majeurs ne subissent pas des conséquences défavorables, il y a lieu d'encadrer le corps enseignant par des spécialistes mieux préparés à gérer ces situations conflictuelles et dérangeantes et qu'ainsi les enseignants puissent mieux se consacrer à leur tâche principale. De nombreuses communes ont été confrontées à ce problème et on introduit des outils de support adéquants. Le travail social dans les écoles doit être pris en charge par des spécialistes formés à cet effet. Parfois le travail préventif et la prise en charge rapide des problèmes conduit à des résultats plus favorables. Les charges en seront ainsi d'autant réduites par la suite. Sur la base du concept présenté, le PRR est favorable à l'introduction du projet de travail social dans les écoles de Nidau et du cercle scolaire régional. L'analyse d'efficacité devra à notre avis être faite avec un benchmarking des résultats obtenus dans des communes comparables.

Brigitte Deschwanden Inhelder (SP): Die SP-Fraktion stelle einen Antrag auf Einführung von 120 Stellenprozenten für die Schulsozialarbeit. Dies mit der Begründung, dass die Arbeitsgruppe einen Bedarf von 120 Stellenprozenten festgestellt habe. Eigentlich wären noch mehr Prozente nötig. Der Schulverband habe das Geschäft gutgeheissen, alle betroffenen Gemeinden würden die Vorlagen gutheissen. Die SP sehe nicht ein, weshalb sich Nidau querstellen und auf dem Buckel der Kinder sparen wolle. Die Nidauer Bevölkerung habe mit dem jüngsten kommunalen Abstimmungsergebnis gezeigt, dass sie grossen Wert auf eine qualitativ hochstehende Schulbildung für ihre Kinder lege. Es sei die Aufgabe des Stadtrates diese Werte umzusetzen. Es sei noch nicht lange her, dass sich die Haltung des Stadtrates nicht durchsetzen können. Sie hoffe, dass dies nicht nochmals passieren werde. Sie betone schliesslich, dass die Schulsozialarbeit nicht nur für Kinder wichtig sei, welche dieses Angebot nötig hätten. Kinder, welche diese Unterstützung nicht in Anspruch nehmen müssten, würden ebenfalls profitieren, da sie sich mitunter dank der Schulsozialarbeit ungestört entwickeln könnten. Die SP wolle nach dem Bedarf und dem Bedürfnis entsprechend Stellenprozente schaffen. Die Fraktion stehe dafür ein, keine halben Sachen zu schaffen. Sie ersuche den Rat, den Antrag zu unterstützen.

Der Stadtratspräsident gibt den gestellten Antrag der SP-Fraktion zur Diskussion.

Ralph Lehmann (FDP): Er habe sich in den Anfängen ebenfalls mit dem Projekt beschäftigt. Im Konzept sei zu lesen, dass die Bedarfsanalyse einen effektiven Bedarf von 100 bis 120 Stellenprozenten ausweise. Es sei nicht die Rede von zwingenden 120 Stellenprozenten. Entgegen anderen Interpretationen könnte man auch zum Schluss kommen, dass nicht alle Lehrpersonen gleich gut mit der Situation umgehen könnten. Er habe sich ziemlich intensiv mit diesem Geschäft auseinandergesetzt und bei seinen Recherchen keine einzige Gemeinde ausfindig machen können, welche effektive Gewinne bzw. Vorteile durch die Einführung von Schulsozialarbeit habe ausweisen können. Es gäbe keine klaren messbaren Wirkungsfelder, diese würden fehlen. Zu erwarten sei hingegen, dass nach einer Einführungsphase relativ

schnell der Ruf nach zusätzlichen Stellenprozenten komme. Dies sei wohl die Konsequenz nach drei Jahren Pilotphase.

Oliver Grob (SVP): Zur Bedarfsanalyse: Wenn man sich die Frage nach dem lohnmassigen Bedarf stelle, werde man bald einmal feststellen, dass man in einem exorbitanten Bereich befinde. Da ein sogenannter Problemfall nicht definiert sei, verkomme man relativ schnell zu einem Wunschkonzert. Dies sei aus seiner Sicht nicht greifbar.

Marlise Guntermuth-Ettlin (Grüne): Sie habe ebenfalls etliche Berichte gelesen und studiert und sei nicht zum selben Resultat wie Ralph Lehmann gekommen. Die Gemeinde Münsingen beispielsweise habe eine ganze Liste mit positiven Wirkungen festgehalten, also Gründe welche durchaus für die Schulsozialarbeit sprechen würden. Sie habe weiter feststellen müssen, dass nebst den knappen personellen Ressourcen leider meistens nur die massivsten Fälle hätten behandelt werden können. Für weniger schwerwiegende Fälle, welche im Sinne einer Prävention hätten behandelt werden müssen, stünden leider keine Ressourcen zur Verfügung. Diese Fälle seien ebenso wichtig. Sie frage sich ernsthaft auf welche Weise die Verantwortung an die Eltern zurückgegeben werden solle. Passiere dies indem die Schulsozialarbeit abgelehnt werde? Nein, ganz im Gegenteil. Mit einem Ja werde die Möglichkeit geschaffen, nebst der Betreuung der betroffenen Kinder auch deren Eltern zu unterstützen. Sie unterstütze den Antrag der SP voll und ganz. Es gehe dabei nicht um ein Wunschkonzert sondern um einen ausgewiesenen Bedarf. 120 Stellenprozente seien gerechtfertigt. Wenn man über die Nidauer Gemeindegrenze hinaus schaue, hätten etliche Gemeinden, welche die Schulsozialarbeit eingeführt hätten, die bestehenden Stellenprozente bereits aufgestockt. Man dürfe wohl davon ausgehen, dass diese Gemeinden überschüssige Finanzen hätten, um damit Luxusprojekte zu unterstützen. Die Lehrpersonen müssten nicht nur minimal, sondern wirklich entlastet werden. Mit der Minimalvariante könnten nur die brennendsten Fälle gelöst werden.

Thomas Spycher (FDP): Wenn in der Gesellschaft jedes Problem sogenannt bedarfsgerecht gelöst würde, würde das System zusammenbrechen. Letztendlich lande man doch beim Wunschzettel, auch wenn die bestehenden Probleme nicht wegdiskutiert werden könnten. Anlässlich der Informationsveranstaltung seien wohlgemeinte Beispiele genannt worden, welche klar durch den ordentlichen Sozialdienst zu behandeln wären. Wenn man von Bedarf sprechen wolle, dürften die Fälle, welche klarerweise durch andere Stellen abzudecken wären nicht berücksichtigt werden.

Sandra Friedli (SP): Sie frage sich, weshalb die Stadt Nidau überhaupt Geld ausbebe für entsprechende Untersuchungen, wenn das Resultat schlussendlich nicht wahrgenommen werden wolle und man nicht bereit sei, die nötigen Mittel dafür einzusetzen. Die Einsetzung von Arbeitsgruppen sei bekanntlich nicht gratis. Es käme Nidau bedeutend günstiger, wenn von Beginn an auf solche Untersuchungen verzichtet würde. Im Vordergrund stehe nicht eine bedarfsgerechte Behandlung von jedem Problem. Die vorliegende Situation sei absolut prioritär. Die Kinder seien die künftige Generation und es sei dringend an der Zeit, dass etwas unternommen werde. Man unterstütze somit die Kinder und die Lehrerschaft, welche zunehmend überlastet und burnoutgefährdet seien.

Brigitte Deschwanden-Inhelder (SP): Nidau habe einen Stadtplaner angestellt für CHF 150'000.00 Franken pro Jahr. Im Vergleich dazu: das Vorhaben Schulsozialarbeit koste Nidau über drei Jahre hinweg CHF 125'000.00. Den Bedarf nach einem Stadtplaner habe man festgestellt, Nidau wolle – obschon das Gebiet beplant sei – eine gute Qualität sicherstellen. Dies führe unweigerlich zur Frage, weshalb man für die Schulen nicht auch eine gute Qualität sicherstellen wolle. Schlussendlich gehe es darum, den Willen zu zeigen ob Nidau sich für diese Problematik einsetzen wolle oder nicht. Dies mit dem Wissen, dass die Messbarkeit nicht oder nur wenig vorhanden sei. Nidau müsse nun Hand bieten für eine gute Lösung.

Leander Gabathuler (SVP): Auf Seite drei des Vorberichts zum Voranschlag stehe folgender Satz geschrieben: Es sollten möglichst keine neuen widerkehrenden Mehrausgaben zugelassen werden. Dieser Satz werde überall und gerne wiederholt. Seit sich nun aber die Finanzlage von Nidau zunehmend zugespitzt seien neue, teure Stellen geschaffen worden: Stadtplaner, Schulsozialarbeit, Fachstelle Integration, möglicherweise weitere Stellen bei der Abteilung Infrastruktur. Diese Kosten würden sich schnell einmal im Bereich von einer halben Million Franken bewegen, wiederkehrend. Aus Sicht der SVP stelle sich nicht die Frage nicht ob nun 105 oder 120 Stellenprozente richtig wären. Man sei schlichtweg dagegen, da sich Nidau diese Ausgaben nicht leisten könne.

Viele Anwesenden hätten hier im Schulhaus Balainen die Schulzeit verbracht. Bis dato habe der Schulbetrieb auch ohne Schulsozialarbeit sehr gut funktioniert. Dies weil die Lehrer ihre Sache im Griff gehabt hätten. Er unterstütze das Votum von Thomas Spycher, wonach die Stellen mit Problemen gerechtfertigt würden, welche nicht Sache der Schulsozialarbeit sondern der Lehrerschaft oder des ordentlichen Sozialdienstes seien. Mit der Schaffung von Schulsozialarbeit würden die Probleme der heutigen Schüler sicherlich nicht gelöst. Man schaffe neue Stellen ohne Kriterien, ohne Zielvorgabe. Herr Iseli habe auf seine entsprechenden Fragen keine Antworten geben können. Aus den dargelegten Gründen werden die SVP die Stellenschaffung ablehnen.

Susanne Schneiter Marti (FDP): Ihrer Meinung nach sei ein Bedarf klar vorhanden, jedoch lasse sich nicht genau beziffern wie hoch dieser sei. Sie unterstütze daher die Variante mit 105 Stellenprozenten. Die Evaluation werde nach zwei Jahren zeigen, wie sich die Einführung von Schulsozialarbeit ausgewirkt habe und ob die genehmigten Stellenprozente ausreichen würden. Sie werde die sich gegen 120 Stellenprozente aussprechen.

Ralph Müller (FDP): Aus persönlichen Gesprächen sei ihm bekannt, dass die zitierten Probleme in den Schulen tatsächlich bestehen würden. Mit der Einführung der Schulsozialarbeit würden diese jedoch nicht bei der Wurzel gepackt. Das Kernproblem seien in zahlreichen Fällen die Eltern, die ihre Kinder ungenügend betreuen würden. Die soziale Betreuung der Schulkinder sei im Rahmen der Debatte bereits als Nebenjob der Lehrerschaft betitelt worden. Diese Aufgabe sprengte den Rahmen eines Nebenjobs klar und stelle vielmehr eine der primären Hauptaufgaben der Eltern dar. Thema der Diskussion seien nicht 105 oder 120 Stellenprozente, sondern vielmehr das grundsätzlich Problem. Mit der Schaffung der Schulsozialarbeit werde man dieser gesellschaftlichen Entwicklung ganz sicher nicht Herr. Aus Anerkennung der tatsächlich vorhandenen Probleme werde er sich der Stimme enthalten.

Marlies Gutermuth-Ettlin (Grüne): Sie frage ihre Vorredner ernsthaft, wie die Verantwortung oder diese Aufgabe konkret den Eltern wieder zurückgegeben werden solle. Die Gesellschaft befinde sich im steten Wandel, vieles habe sich verändert. Die klassische Vater-Mutter-Kind-Struktur sei nicht mehr der Normalfall. Es stelle sich vielmehr die Frage, wie diese Aufgabe den Eltern zurückgegeben werden solle, ohne zugleich eine dringend notwendig Unterstützung anzubieten.

Kurt Schwab (SP): Aus Sicht eines langjährigen Lehrers würde er diese dringend notwendige Unterstützung sehr begrüßen. Seine Aufgaben hätten sich in den letzten Jahren sehr verändert.

Abstimmung Antrag SP:

Der Antrag der SP (Brigitte Deschwanden Inhelder) zur Erhöhung des Stellenplans um 120 Stellenprozent wird mit 13 Ja / 16 Nein / 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ralph Lehmann (FDP): Man müsse damit rechnen, dass das vorliegende Geschäft mit 105 Stellenprojekten angenommen werde. Damit eine aussagekräftige Berichterstattung bzw. Evaluation zu Handen des Stadtrates stattfinden könne stelle er im Namen der Fraktion den folgenden Antrag (Neuer Beschluss Nr. 5):

Der Gemeinderat unterbreitet bis im Juni 2015 dem Stadtrat zur Genehmigung ein Konzept mit qualifizierbaren und quantifizierbaren Messpunkten, als Entscheidungsgrundlage für eine spätere Beurteilung der Wirksamkeit der Schulsozialarbeit.

Susanne Schneiter Marti (FDP): Sie weise abermals auf die Diskrepanz zwischen den deponierten Wünschen und den zur Verfügung stehenden Mitteln hin. Damit aber mit besseren Grundlagen feststellbar gemacht werde könne, ob und wenn ja in welchem Ausmass Schulsozialarbeit nötig und sinnvoll sei, mache sie dem Rat beliebt, dem Antrag zuzustimmen.

Sandra Friedli (SP): Sie hoffe sehr, dass die gegenüberliegende Seite das Resultat, basierend auf den festgelegten Kriterien, akzeptieren werde bzw. könne.

Jean-Pierre Dutoit (PRR): Seines Erachtens sei es jeweils sehr schwierig die Qualität eine Dienstleistung zu bemessen. Wenn jedoch Verbesserungsmöglichkeiten vorhanden seien, sei es angezeigt, diese umzusetzen. Er werde den Antrag daher unterstützen.

Abstimmung Antrag FDP:

Der Antrag der FDP zur Ergänzung des Beschluss wird mit 20 Ja / 2 Nein / 7 Enthaltungen genehmigt.

Marlise Gutermuth (Grüne): Sie hätte wirklich gerne eine Antwort auf ihre gestellte Frage. Sie sei ihr ein Anliegen in Erfahrung zu bringen, wie man der Problematik in den Schulen Herr werden wolle, ohne die Unterstützung von Schulsozialarbeitenden.

Bernhard Aellig (BDP): Er verzichte bewusst darauf, seine persönlich gelebten Erziehungsprinzipien darzulegen. Dies würde den Rahmen der Sitzung sprengen. Es sei jedoch unweigerlich feststellbar, dass immer mehr Erziehungsarbeit an Externe delegiert werde. Dies sei

ein gesellschaftliches Phänomen, welches sich auch in anderen Bereichen äussere: Man grüsse nicht mehr, im Bus kenne man keine Höflichkeit gegenüber älteren Personen mehr, etc. Dies führe zu den hinlänglich ausgeführten Problemen. Kurz: Die Verantwortung für die Erziehungsarbeiten müsse wieder vermehrt im elterlichen Haus stattfinden.

Ralph Müller (FDP): Für die Ausarbeitung des vorliegenden Projektes seien rund zwei Jahre nötig gewesen. Vor diesem Hintergrund werde Marlies Gutermuth sicherlich verstehen, dass es kaum möglich sei ad hoc eine seriöse, alternative Lösung auf ihre Frage geben zu können. Das Problem müsse an der Wurzel angepackt werden.

Hanna Jenni (PRR): Sie sei bekanntlich auch gegen neue, wiederkehrende Kosten. Bei dieser Fragestellung hingegen dürfe die Stadt Nidau die Augen nicht verschliessen. Die Gesellschaft und auch die Familienstrukturen hätten sich verändert. Die Respekthaltung vor den Lehrpersonen oder auch gegenüber den Eltern seien nicht mehr dieselben. So habe sich auch der Umgang unter Erwachsenen verändert. Es gehe doch nicht an, dass die Lehrerschaft sich mit einer Minderheit von Schülerinnen und Schülern überdurchschnittlich stark beschäftigen müsse, und die grosse Überzahl von lernwilligen Jugendlichen darunter leiden müsse.

Marlise Gutermuth-Ettlin (Grüne): Sie sei durchaus einverstanden mit den Aussagen, wonach die Erziehungsarbeit wieder vermehrt zu Hause stattfinden solle. Sie unterstütze diesen Wunsch sehr. Jedoch habe sie immer noch keine Antwort erhalten, wie dieses Problem gelöst werden solle, wenn Nidau die Schulsozialarbeit nicht einführe. Sie sei überzeugt, dass Fachleute notwendig seien um sich damit auseinanderzusetzen.

Leander Gabathuler (SVP): Von einer bürgerlichen Vertreterin, er spreche Hanna Jenni an, erwarte er dass das vorliegende Geschäft abgelehnt werde. Das Vorhaben der Schulsozialarbeit sei keine Investition in die Bildung sondern in eine solche in die Sozialindustrie.

Jean-Pierre Dutoit (PRR): Man könne durchaus ein bürgerlicher Vertreter sein und gleichzeitig Herz zeigen.

Bernhard Aellig (BDP): Er bedaure, dass er die Frage von Marlies Gutermuth-Ettlin nicht wie verlangt beantworten könne. Mit der Vorlage werde das viel diskutierte Problem jedoch trotz allem nicht gelöst. Man kreierte vielmehr eine neue Dienstleistung oder gar ein Angebot, welche die komfortable Möglichkeit biete, die eigenen (Erziehungs)Aufgaben mit Leichtigkeit an Andere abzuschieben. Dies zu Lasten der Allgemeinheit. Er bestreite die vorhandenen Probleme nicht. Er wehre sich lediglich gegen eine Lösung mit der Schaffung von Schulsozialarbeit. Die Frage der Finanzen sei vor diesem Hintergrund sekundär.

Ralph Lehmann (FDP): Bereits eingangs habe er festgehalten, dass die Ursachen welche für diese Probleme ursächlich seien, nicht hier im Ratssaal gelöst werden könnten. Er habe ausgeführt, dass die Problemlösung nicht auf Kosten der Allgemeinheit passieren dürfe. Allenfalls wäre eine Lösung nach dem Verursacherprinzip denkbar. Allenfalls würde ein solcher Druck dazu führen, dass die fehlbaren Eltern Ihre Verantwortung wieder verstärkt wahrnehmen würden.

Marc Eyer: Man könne sich darüber streiten, in welcher Form die sozialen Probleme von Nidauer Schulkindern gelöst werden müssten. Dies stelle er nicht per se in Frage. Viel wichtiger sei jedoch die Tatsache, dass Nidau ein Qualitätsproblem in den Schulen habe, welches es zu lösen gelte. Die Einführung der Schulsozialarbeit trage dazu bei, diese Situation zu verbessern. Schülerinnen und Schüler aus einem familiär gesunden Umfeld erhielten damit eine Möglichkeit und die Chance, ohne externe Beeinträchtigung ihre Schullaufbahn absolvieren zu können. Dies sei ein wesentlicher Beitrag der Schulsozialarbeit. Er weise abschliessend darauf hin, dass eine Qualitätsbeurteilung der Schule als soziales Gefüge mit quantitativen Kriterien äusserst schwierig sei. Ähnlich schwierig wie beispielsweise die Bemessung der nachhaltigen Wirksamkeit von Beschäftigungsprogrammen. Dies liege schlichtweg nicht in der Natur der Sache. Eine realitätsnahe Beurteilung der Qualität könnten die Lehrerinnen und Lehrer liefern. Diese hätten sich klar dazu geäussert. Es sei ein äusserst grosses Anliegen der Lehrerschaft, ihren Beruf adäquat und gut ausführen zu können, ohne sich mit sozialen Problemen auseinandersetzen zu müssen, wofür sie nicht ausgebildet seien. Der Gemeinderat habe sich aufrichtig und ernsthaft mit der Situation auseinandergesetzt. Er mache den Mitgliedern des Stadtrates beliebt, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung mit 18 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung:

1. Das Projekt zur Einführung der Schulsozialarbeit im Rahmen eines dreijährigen Pilotversuchs wird genehmigt und die Kredite für wiederkehrende Kosten von CHF 139'00.00 und CHF 27'000.00 für einmalige Investitionskosten werden bewilligt.
2. Der Stellenplan der Stadt Nidau wird für die Anstellung von Schulsozialarbeitenden um 105 Stellenprozente erhöht.
3. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
4. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Abteilung Bildung, Kultur und Sport delegieren.
5. Der Gemeinderat unterbreitet bis im Juni 2015 dem Stadtrat zur Genehmigung ein Konzept mit qualifizierbaren und quantifizierbaren Messpunkten, als Entscheidungsgrundlage für eine spätere Beurteilung der Wirksamkeit der Schulsozialarbeit.